In der PNP gab es am 20.11.09 einen Artikel, den jeder Wasserkraftinteressierte lesen sollte:

Naturschutzverbände warnen vor Ausbau der Wasserkraft

BN: „Nur noch zehn Prozent der Flüsse in Bayern sind naturnah“

Von Alexander Kain

München. Könnte in Bayern mehr sauberer Strom durch Wasserkraft gewonnen werden? Ja, finden der Energiekonzern E.ON und die Bayerischen Elektrizitätswerke BEW und haben dazu vor einigen Tagen einen „Masterplan Ausbaupotenziale Wasserkraft in Bayern“ vorgelegt. Inhalt: Neu- und Ausbau von Wasserkraftwerken an zahlreichen Standorten in Bayern. Das Papier hat nun allerdings heftige Gegenwehr zahlreicher Naturschutz- und naturschutznaher Verbände hervorgerufen.

Schon jetzt sei Bayern das Land mit der höchsten Wasserkraftnutzung, 4250 der deutschlandweit 7000 Wasserkraftwerke stünden im Freistaat, so Hubert Weiger, Landesvorsitzender des Bundes Naturschutz. Ergebnis sei, dass „nur noch zehn Prozent der Flüsse in Bayern naturnah sind, 90 Prozent sind mittlerweile naturfern“, klagte der Naturschützer. Die Donau etwa könne nur noch auf einer Länge von 70 Kilometern frei fließen, „und genau da soll ein weiteres Kraftwerk errichtet werden“, so Weiger, der den „geballten Widerstand“ zahlreicher Verbände ankündigte.

Als „Pharisäertum in Potenz“, „empörend“ und „unverfrorene Lüge“ bezeichnete Weiger, dass E.ON und BEW in ihrem Masterplan von Klimaschutz, Flusssanierung und Hochwasserschutz sprächen. Die Argumente seien „nur vorgeschoben“, tatsächlich gehe es ums Geldverdienen - auf Kosten des Gemeinwohls, so Weiger.

Eberhard Roese, Präsident des Landesfischereiverbandes, hält eine Effizienzsteigerung durch Wasserkraft auch ohne Aus- und Neubau von Kraftwerken für möglich. Dazu sei eine Modernisierung nötig. Stattdessen würde mancherorten sogar die Stromgewinnung durch Wasserkraft unter eine bestimmte Marke zurückgeführt, um höhere Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu erhalten. Roese kündigte zudem Untersuchungen an über den verstärkten Methanausstoß in Staubereichen an - „schließlich ist Methan 21 mal schädlicher als CO_2“.

Ludwig Sothmann, Vorsitzender des Landesverbandes für Vogelschutz, bezeichnete den Masterplan als „Lobby-Papier“, das „einseitig formuliert“ sei und „dramatische Auswirkungen gezielt verschweigt“. Er forderte Umweltminister Markus Söder (CSU) auf, eine „Schadensanalyse“ dagegen zu setzen.

Den Argumenten schlossen sich zahlreiche weitere Verbände an, etwa der Verein zum Schutz der Bergwelt oder der Bayerische Kanuverband. „Zusammen haben wir 400 000 Mitglieder - mehr als alle Parteien zusammen“, drohte Weiger in Richtung Politik. Unter anderem, so ließen die Verbände wissen, erwarteten sie von Landtag und Staatsregierung, dass zahlreiche Entscheidungen in Sachen Wasserkraft revidiert würden.

Kommentar LVBW:
Anscheinend ist es ja wirklich das Schlimmste, wenn man mit seiner Arbeit etwas verdienen möchte. Spielt hier der Neidfaktor auch eine Rolle? Gut, dass viele dieser Angestellten ihr Gehalt von Steuern bekommen, die wiederum von uns allen -und damit auch von den Stromerzeugern- zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist auch, dass man sein Hobby, wie z. Bsp. Kanu fahren und Fischen ungestört ausüben kann. Dies ist ja soooo umweltfreundlich?!? Die Fische, die dann aus dem Lebensraum entrissen und getötet werden, kann man zu Hause mit dem Strom, der aus der Steckdose kommt (egal wie er erzeugt wird) sicher gut und bequem zubereiten.

Herrn Weiger sollte man darüber aufklären, dass sich die hohe Zahl von Wasserkraftwerken in Bayern durch die günstige geographische Lage (Alpenvorland, Mittelgebirge) ergeben hat und deshalb kein Ausdruck von "Umweltfeindlichkeit" ist. Viele Anlagen sind auch wesentlich älter als der Umweltschutz und haben ihre eigene Flora und Fauna entwickelt. Seit Jahrhunderten gehören sie fest zu unserer Kultur.
Auch die Aussage von Herrn Roese sollte richtig gestellt werden. Es gab und gibt keine Zurückführung der Stromgewinnung, um eine höhere Vergütung zu erhalten. Es ist genau umgekehrt! Die höhere Vergütung ist häufig nur zu erreichen, wenn eine größere Restwassermenge abgegeben wird. Dieses Wasser fehlt dann zur Stromgewinnung.

Sollte aber jemand auf die Idee kommen, Strom für die Zukunft unserer Kinder erzeugen zu wollen, wird ihm mit einer Lobby von 400.000 Mitgliedern politisch gedroht. Wäre es hier nicht sinnvoller, einen Konsens einzugehen, den alle mittragen könnten, anstatt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen? Wird denn mit den ganzen Auflagen, die man als Wasserkraftbetreiber bekommt (Restwasser, Fischpass, Ausgleichsflächen…) nicht eher ein „Gemeinwohl“ diverser Verbände auf Kosten der Anlagebetreiber finanziert?

(sk)